Beschlussvorlage

Fachbereich II
Aktenzeichen:
Vorlage Nr.: BV/0313/2013

Vorlage für die Sitzung		
Ausschuss für Schule, Bildung und Sport	19.11.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand: 8. Schulrechtsänderungsgesetz hier: Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl und Verteilung auf die Rheinbacher Grundschulen
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen: keine
Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung: keine

1. Beschlussvorschlag:

Möglichkeit 1:

Im Bereich der Stadt Rheinbach werden im Schuljahr 2014/15 insgesamt 13 Eingangsklassen gebildet, die sich wie folgt verteilen:

Gemeinschaftsgrundschule Sürster Weg: 3 Eingangsklassen
Kath. Grundschule St. Martin, Bachstraße: 4 Eingangsklassen
Kath. Grundschule Flerzheim: 2 Eingangsklassen
Kath. Grundschule Merzbach: 2 Eingangsklassen
Kath. Grundschule Wormersdorf: 2 Eingangsklassen

Die Zügigkeit an der Kath. Grundschule St. Martin wird als Ausnahmeregelung zum Beschluss des Ausschusses vom 19.12.2011 für das Schuljahr 2014/15 auf 4 Züge festgelegt. Grundsätzlich bleibt die Zügigkeit weiterhin auf 3 Züge festgelegt

Möglichkeit 2:

Im Bereich der Stadt Rheinbach werden im Schuljahr 2014/15 insgesamt 13 Eingangsklassen gebildet, die sich wie folgt verteilen:

Gemeinschaftsgrundschule Sürster Weg: 4 Eingangsklassen
Kath. Grundschule St. Martin, Bachstraße: 3 Eingangsklassen
Kath. Grundschule Flerzheim: 2 Eingangsklassen
Kath. Grundschule Merzbach: 2 Eingangsklassen
Kath. Grundschule Wormersdorf: 2 Eingangsklassen

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

2.1 Neue Rechtslage

In seiner Sitzung am 19.11.2011 wurde der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport grundsätzlich über die Regelungen im 8. Schulrechtsänderungsgesetz informiert.

Das 8. Schulrechtsänderungsgesetz zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Grundschulangebotes in Nordrhein-Westfalen ist am 13.11.2012 in Kraft getreten. Folgende Ziele sollen damit verfolgt werden:

- Fortbestand und Sicherung (kleiner) wohnortnaher Grundschulen angesichts sinkender Schülerzahlen
- durch den Erhalt kleiner Grundschulstandorte soll dem Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ Rechnung getragen werden
- angemessene Schulgrößen und Klassenfrequenzen
- Abbau regionaler Unterschiede und Ungerechtigkeiten
- mehr Flexibilität, größere Gestaltungsmöglichkeit und langfristige Planungssicherheit für die Kommunen
- optimale fachspezifische Unterrichtsversorgung.

Es wird auf die als Anlage beigefügten Regelungen der Verordnung zur Ausführung des §93 Abs. 2 Schulgesetz verwiesen. Auf die wesentlichen Punkte wird in den folgenden Ausführungen eingegangen:

Der Klassenfrequenzhöchstwert (Bandbreite) ändert sich wie folgt:

Alt: 18 – 30 Schüler pro Klassen

Neu: 15 – 29 Schüler pro Klassen

Der Klassenfrequenzrichtwert ändert sich wie folgt:

Alt: 24

Neu: 22,5

Die Mindestgröße einer eigenständigen Grundschule ändert sich wie folgt:

Alt: 144 Schüler (mindestens zweizügig/ $8 \times 18 = 144$)

Neu: 92 Schüler (46 Schüler, wenn es sich um die letzte Grundschule einer Kommune handelt).

Grundschulen mit weniger als 92 Schülern in Kommunen mit mehr als einer Grundschule müssen als **Teilstandort** geführt werden (Grundschulverbund).

Nach einer Frist von 5 Jahren muss die Teilstandortbildung abgeschlossen sein. Mindestgröße eines Teilstandortes: 46 Schüler (in 2 Jahrgangübergreifenden Klassen). Konsequenz bei Teilstandorten mit weniger als 46 Schülern ist die Schließung. Eine Ausnahme gilt nur dahingehend, dass die obere Schulaufsichtsbehörde kleinere Teilstandorte mit weniger als 46 Schüler zulassen kann, wenn der Weg zu einer anderen Grundschule unzumutbar ist.

Steuerungsinstrument um die o.g. Ziele zu erreichen, ist die **kommunale Klassenrichtzahl** (KRZ). Sie legt die maximale Zahl der Eingangsklassen fest, die an den Grundschulen in einer Kommune gebildet werden können. Diese ist bis zum 15. Januar eines Jahres durch den Schulträger zu ermitteln und der Schulaufsicht mitzuteilen. Auf der Grundlage der kommunalen Klassenrichtzahl und unter Beachtung der neuen Klassenbildungsregeln für die einzelnen Schulen entscheidet der Schulträger, wie viele Eingangsklassen an welchen Standorten in der Kommune gebildet werden sollen. Die Klassenrichtzahl darf grundsätzlich unterschritten werden.

Berechnungsgrundlage der kommunalen Klassenrichtzahl allgemein:

Voraussichtliche Gesamtschülerzahl in den Eingangsklassen dividiert durch 23,

- das Ergebnis ist, sofern kleiner als 15, auf die nächste Zahl aufzurunden.
- zwischen 15 und 29 ist kaufmännisch zu runden,
- zwischen 30 und 59 ist auf die nächste ganze Zahl abzurunden,
- wenn das Ergebnis größer als 60 ist, ist auf die nächste ganze Zahl abzurunden und das Ergebnis um 1 zu vermindern.

2.2 Auswirkungen auf die Rheinbacher Situation

Berechnung der kommunalen Klassenrichtzahl für Rheinbach:

Gem. §6 a Abs. 2 der Verordnung dient als Berechnungsgrundlage die Zahl der Anmeldungen sowie Erfahrungswerte aus den Vorjahren. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist davon auszugehen, dass die Zahl der Anmeldungen in etwa auch den Einschulungen entspricht.

Es ergibt sich daher für die Stadt Rheinbach für das Schuljahr 2014/15 folgende Berechnung:

Anmeldezahlen in den Eingangsklassen:

Gemeinschaftsgrundschule Sürster Weg:	74
Kath. Grundschule St. Martin, Bachstraße:	109
Kath. Grundschule Flerzheim:	32
Kath. Grundschule Merzbach:	31
Kath. Grundschule Wormersdorf:	<u>40</u>
Gesamt:	286 : 23 = 12,43

Da der Rechenwert somit kleiner als 15 ist, wird auf die darüber liegende ganze Zahl aufgerundet. Dies ergibt für die Stadt Rheinbach eine Obergrenze von **13 Eingangsklassen**.

Verteilung der Eingangsklassen auf die Grundschulen:

Es wird vorgeschlagen, die mögliche Zahl von 13 Eingangsklassen auch auszuschöpfen. Aufgrund der Verteilung der Anmeldezahlen und unter Berücksichtigung der aktuellen Beschlusslage bieten sich 2 Möglichkeiten zur Verteilung an. Aus Sicht der Verwaltung sollten die Schulen in den Ortschaften jeweils zweizügig starten, um kein Kind abweisen zu müssen und um eine ortsnahe Beschulung gewährleisten zu können.

Möglichkeit 1:

Grundschulen der Ortschaften: jeweils 2 Eingangsklassen
Gemeinschaftsgrundschule Sürster Weg: 3 Eingangsklassen
St. Martin-Schule: 4 Eingangsklassen.

Vorteile:

Grundsätzlich hatte der Ausschuss in seiner Sitzung am 19.11.2011 den Beschluss gefasst, zukünftig an der Kath. Grundschule St. Martin eine Dreizügigkeit für die kommenden Schuljahre einzuführen. Wenn nach der aktuellen Beschlusslage verfahren wird, müssten in der Schule 28 der angemeldeten Kinder abgelehnt werden. Bei Zulassen einer Vierzügigkeit für das kommende Schuljahr wären es lediglich 5 Kinder, die nicht die gewünschte Schule besuchen könnten. Diese Kinder könnten auch bei einer Dreizügigkeit in der Gemeinschaftsgrundschule aufgenommen werden.

Es ist zu berücksichtigen, dass es sich beim kommenden Einschulungsjahrgang auch um einen sehr großen Jahrgang handelt, so dass davon auszugehen ist, dass sich die Problematik im kommenden Jahr nicht stellt. Die Schulleitung wäre mit diesem Verfahren einverstanden.

Nachteile:

Der Beschluss zur Begrenzung der Zügigkeit wurde insbesondere gefasst, um die in der Schule trotz des Neubaus angespannte Raumsituation sukzessive auf einen Stand zu bringen, der die Nutzung entsprechender Fachräume und einer Lernwerkstatt erlaubt. Die Aufnahme eines zusätzlichen Jahrgangs würde bedeuten, dass die Raumsituation beim jetzigen Stand bleibt, da auch ein vierzügiger Jahrgang die Schule verlässt.

Möglichkeit 2:

Grundschulen der Ortschaften: jeweils 2 Eingangsklassen
Gemeinschaftsgrundschule Sürster Weg: 4 Eingangsklassen
St. Martin-Schule: 3 Eingangsklassen.

Vorteile:

Einhalten der Beschlusslage, keine Verschärfung der Raumproblem an der St. Martin-Schule,
Nutzung der vorhandenen Raumkapazitäten an der Gemeinschaftsgrundschule

Nachteile:

Es wäre, wie oben dargestellt, erforderlich mindestens 28 Kinder abzulehnen. Damit könnte dem Elternwillen in zahlreichen Fällen nicht entsprochen werden.

Rheinbach, den 31.10.2013

Dr. Raffael Knauber
Erster Beigeordneter

Wolfgang Rösner
Fachbereichsleiter

Anlage: Auszug aus der Verordnung zur Durchführung des §93 Abs. 2 Schulgesetz